

Entsprechend hoch ist bei der Preußenelektra der Anteil des Leihkapitals am gesamten vorgeschossenen Kapital. Er betrug rd. 22 % in den Jahren 1968 bis 1974 und stieg 1975 und 1976 auf 29 % an. Innerhalb des Leihkapitals ist die Struktur über die Jahre hinweg fast konstant geblieben: Das Finanzanlagevermögen machte stets mindestens 99,7 % des Leihkapitals aus und ist, da sich der relative Anteil der langfristigen Ausleihungen weiter vermindert hat, seit 1975 mit dem Beteiligungsvermögen praktisch identisch.

Das Beteiligungsvermögen der Preußenelektra hat sich im Untersuchungszeitraum von 553,7 Mio. DM in 1968 um 846,6 Mio. DM (oder um + 153 %) auf 1400,2 Mio. DM in 1976 erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg das haftende Kapital der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften von 2162,2 Mio. DM auf 3661,5 Mio. DM an, wovon, den Beteiligungsverhältnissen entsprechend, auf die Preußenelektra 636,9 Mio. DM entfielen. Daraus läßt sich auf einen durchschnittlichen Übernahmekurs der neu ausgegebene Aktien dieser Gesellschaften von 133 schließen.

Auch für die Preußenelektra läßt sich zeigen, daß die Entwicklung des Leihkapitals ganz überwiegend vom Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten in teileigenen Kraftwerken bestimmt wurde. Von der gesamten Erhöhung des Gesellschaftskapitals bei den Beteiligungsgesellschaften (ohne RWE und Bewag) um 1499,3 Mio. DM entfielen 896,0 Mio DM oder 85 % auf

Unternehmen, die Strom ins Netz der Preag oder der NWK einspeisen. Demgegenüber fielen die Erhöhungen bei den reinen Stromverteilungsunternehmen (Hastra, Pesag, Schleswag, EAM, EWE, ÜWL und ÜNH) mit 134,0 Mio. DM oder 12,7% nur relativ wenig ins Gewicht.

Die wichtigsten Zugänge zum Beteiligungsvermögen der Preußenelektra betreffen denn auch Neugründungen bzw. Kapitalerhöhungen bei reinen Stromerzeugungsunternehmen: Die PWK erhöhte ihr Stammkapital im Zuge der Errichtung des Pumpspeicherwerkes Waldeck II, die der Preag einen Zuwachs an Spitzenstromkapazität um 2 x 220 MW brachte, von 50 auf 150 Millionen. Mit der "Gemeinschaftskraftwerke Hannover-Braunschweig GmbH", an der die "Stadtwerke Hannover AG" und die "Braunschweiger Versorgungs-AG" je zur Hälfte beteiligt sind, gründete die Preußenelektra (Anteil 50%) die "Kraftwerk Mehrum GmbH" (Stammkapital: 76,5 Mio. DM (1976)), die ein für 650 MW ausgelegtes Steinkohle-Kraftwerk im Kreis Peine errichtet.¹⁾

Den größten Einfluß auf die Entwicklung des Leihkapitals im allgemeinen und des Beteiligungsvermögens im besonderen hatte aber die Gründung zweier Gemeinschaftsunternehmen im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb von Kernkraftwerken an der Weser. Zunächst bildete die Preußenelektra mit ihrer Konzerntochter NWK die "Gemeinschaftskernkraftwerk Unterweser Peußische Elektrizitäts-AG Nordwestdeutsche Kraftwerke AG OHG, Hamburg", die von beiden Gesellschaftern zu gleichen Teilen mit einem Gesellschaftskapital von zunächst 330.000 DM (1973) ausgestattet wurde. Nachdem das Gesellschaftskapital bis 1976

1) "Das Kraftwerk wird im Rahmen des 3. Kohleverstromungsgesetzes als Steinkohlenkraftwerk gebaut mit der Möglichkeit, auch Öl zu verfeuern." (Preag-Geschäftsbericht 1976, S. 32)

auf 6,194 Mio. DM erhöht worden war, wurden Planung, Bau und Betrieb des bei Esenshamm/Unterweser zu errichtenden (und inzwischen aufs Netz geschalteten) Kernkraftwerkes (1300 MW) auf die neugegründete "Kernkraftwerk Unterweser GmbH", Hamburg, (KKU) übertragen, deren Stammkapital in der ersten Etappe mit 200 Mio. DM festgestellt wurde. Darüberhinaus stellten die Gesellschafter der KKU ein Beteiligungsdarlehen in Höhe von weiteren 200 Mio. DM zur Verfügung. (Die KKU OHG wurde 1977 aufgelöst.)

Ein Kernkraftwerk gleicher Größe wird auch von der "Gemeinschaftskraftwerk Grohnde GmbH", Emmertal, (KWG) errichtet und betrieben werden, die 1974 von der Preußenelektra mit der "Gemeinschaftskraftwerk Weser GmbH", Porta Westfalica¹⁾, ebenfalls zu gleichen Teilen gegründet wurde. Auch hier wurde das Stammkapital von zunächst 100.000 DM (1974) auf 200 Mio. DM (1975) erhöht.

Vergleicht man den Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten bei der Preußenelektra in eigenen mit denen in teileigenen Kraftwerken, so ergibt sich folgendes Bild: Im Untersuchungszeitraum errichtete die Preag in eigener Regie das Kernkraftwerk Würgassen (670 MW) neu und erweiterte seine Kraftwerke "Robert Frank" bei Nienburg (+ 521 MW) und "Staudinger" bei Frankfurt (+ 320 MW); insgesamt also 1511 MW. Der Ausbau der hydraulischen Kapazitäten um 440 MW vollzog sich bei der Konzerntochter PWK. Bis 1976 wurde die Kapazität in teileigenen Kraftwerken um 506 MW erhöht, und zwar um 500 MW im Kraftwerk Offleben der

1) Gesellschafter sind zu je einem Drittel: Stadtwerke Bielefeld GmbH, Bielefeld, Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg GmbH, Herford, (EMR), und Elektrizitätswerk Wesertal GmbH, Hameln.

BKB und um 6 MW im KWK. Bis 1979 aber hat sich das Bild gewandelt: Dem Zubau von 660 MW im Kraftwerk "Staudinger" stehen nunmehr 1694 MW gegenüber, die in teileigenen Kraftwerken (Mehrum, Grohnde, Esenshamm) der Preußenelektra installiert werden. Auch bei der Preag hat sich also das Schwergewicht der Erweiterung der Stromerzeugungskapazitäten auf die Gemeinschaftskraftwerke verlagert. Der Anteil des Leihkapitals am gesamten vorgeschossenen Kapital wird deshalb weiter zunehmen.

5.7. Nordwestdeutsche Kraftwerke AG

Von allen untersuchten Verbundunternehmen hat sich das Leihkapital und darunter das Beteiligungsvermögen der NWK, die die Preag-Beteiligungsunternehmen Schleswig, EWE und ÜNH sowie einige Städte im nordwestdeutschen Küstengebiet zwischen der holländischen und der dänischen Grenze mit elektrischem Strom beliefern, am stärksten erhöht. Von 23,6 bzw. 21,5 Mio. DM im Jahre 1968 stieg es auf 346,9 bzw. 337,7 Mio. DM im Jahre 1976. Das entspricht einer Zuwachsrate von rd. 1470%. Noch 1967 belief sich das Beteiligungsvermögen der NWK auf etwas mehr als 1 Mio. DM und betraf die sog. Wiesmoor-Betriebe: die Wiesmoor-Gärtnerei GmbH und die Wiesmoor Benary Pflanzenzucht GmbH. Mit der Gründung der Kernkraftwerk Stade GmbH (gemeinsam mit den HEW) stieg das Beteiligungsvermögen um 20 Mio. DM an. Seine Entwicklung ist seither ausschließlich auf die Einbringung bzw. den Erwerb von Kapitalanteilen an Gemeinschaftskraftwerken und an Gesellschaften der Kernenergiewirtschaft zurückzuführen.¹⁾

Noch Ende 1967 wurde zusammen mit der Stadtwerke Kiel AG der Bau eines Gemeinschaftskraftwerkes an der Kie-ler Förde beschlossen und zu diesem Zwecke die Ge-meinschaftskraftwerk Kiel GmbH gegründet. Am Stammka-pital von 4,5 Mio. DM sind die Stadtwerke Kiel AG mit 33,33% und die NWK mit 66,67% beteiligt. Die zusam-men mit den HEW und der Preußenelektra gegründeten Gesellschaften im Zusammenhang mit der Errichtung der Kernkraftwerke Stade, Brunsbüttel, Krümmel, Brok-dorf und Unterweser sind bereits im HEW- bzw. Preussen-

1) Die 1968 außerdem bestehenden Beteiligungen an der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt mbH, Hamburg, und an der Studiengesellschaft für Kernkraftwerke GmbH, Hannover, waren 1968 nur noch mit Erinnerungswerten bilanziert.

elektra-Abschnitt erwähnt worden. Darüberhinaus gründete die NWK 1975 zur Errichtung und Betrieb eines Gemeinschaftskraftwerkes (600 MW) in Ensted bei Apenrade (Dänemark) zusammen mit dem Det jysk-fynske Elsamarbejde/Sønderjyllands Højspændingsværk A/S die Kraftwerk EV 3 I/S, Apenrade, an der beide Gesellschafter je zur Hälfte beteiligt sind.

Die übrigen Zugänge zum Beteiligungsvermögen betreffen die Ende 1974 gegründete Hochtemperatur-Helium-Versuchsanlage-Betriebsgesellschaft mbH, Jülich (StK: 0,02 Mio. DM; NWK-Anteil: 33,33%) sowie die Projektgesellschaft Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH, Essen (StK: 0,1 Mio. DM; NWK-Anteil: 11%) - jetzt DWK (vgl. Preußenelektra-Abschnitt).

Die NWK haben seit 1968 die in eigenen Kraftwerken installierte Engpaßleistung von 1250 MW auf 2973 MW (+ 138%) und die Leistungsanteile in Gemeinschaftskraftwerken von 0 MW auf 1060 MW erhöht. Damit lag die eigene Zubauleistung zwar noch über der teileigenen - was sich freilich mit der Fertigstellung der im Bau befindlichen Gemeinschaftskraftwerke ändern wird -, aber die in den Untersuchungszeitraum fallenden Gemeinschaftsprojekte hatten zur Folge, daß sich der Anteil des Leihkapitals, auf das 1976 97,3% des Beteiligungs- und 100,0% des Finanzanlagevermögens entfielen, von 2,1 auf 10,4% des gesamten vorgeschossenen Kapitals erhöhte und damit den relativ stärksten Anstieg aller Verbund-EVU aufwies.

5.8. Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG

Allein auf das RWE entfielen 1968 40,4% des Beteiligungsvermögens, 40,5% des Finanzanlagevermögens und 42,5% des Leihkapitals aller 9 Verbund-EVU. Auch dies unterstreicht die überragende Stellung, die das RWE in der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft der Bundesrepublik einnimmt.

Das Beteiligungsvermögen des RWE, das im Durchschnitt der Jahre 1967/68 bis 1975/76 90,5% des Leihkapitals ausmachte, stieg von 749,3 Mio. DM in 1968 auf 1180,5 Mio. DM in 1976; das Finanzanlagevermögen (bei insgesamt steigender Tendenz durchschnittlich 95,2% des Leihkapitals) wuchs von 795,0 Mio. DM auf 1381,7 Mio. DM, wobei der Anteil der langfristigen Ausleihungen bis 1973 kontinuierlich zurückging, ab 1974 aber wieder zunahm.

1965 war das RWE unmittelbar und/oder mittelbar an mindestens 129 Gesellschaften beteiligt, die insgesamt ein Gesellschaftskapital von rd. 1,4 Mrd. DM repräsentierten. Bis 1975 war die Zahl der Beteiligungsunternehmen auf 1976, deren Gesellschaftskapital auf rd. 2,1 Mrd. DM gestiegen.

Der Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1974/75 des RWE führt unter der Rubrik "Verbundene Unternehmen und andere Beteiligungen - Stand am 30. Juni 1975" 176 Beteiligungsgesellschaften auf, von denen 136 zu den "Verbundenen Unternehmen" (A) zählen. Unter diesen wiederum gehörten 59 zum Konsolidierungskreis des RWE (A I), und zwar aus den Konzernbereichen "Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie andere

Versorgungsbereiche" (A I1) 31, "Braunkohlenbergbau und angegliederte Bereiche" (A I2) 15, "Herstellung und Vertrieb elektrotechnischer und anderer Anlagen" (A I3) 8 sowie "Übrige Konzernunternehmen" (A I4) 5 Unternehmen. 34 Konzerngesellschaften - u.a. Unterstützungseinrichtungen und Konzernunternehmen mit Sitz im Ausland - waren nicht in den Konzernabschluß einbezogen (gem. § 329 Abs. 2 AktG). Darüberhinaus besaß das RWE noch an 43 "Anderen Verbundenen Unternehmen" mittelbar die Anteilsmehrheit. Anteile von 10 bis 50% kontrollierte das RWE an weiteren 40 Gesellschaften, wobei in die Konzernübersicht nur solche Minderheitsbeteiligungen aufgenommen werden, die über ein Gesellschaftskapital von mindestens 1 Mio. DM verfügen.

Im Beteiligungsvermögen spiegelt sich allerdings lediglich die Entwicklung der Direktbeteiligungen des RWE wider. Diese haben zwischen 1968 und 1975 von 38 auf 50 Gesellschaften zugenommen. Der Nennwert der unmittelbar vom RWE gehaltenen Kapitalanteile vergrößerte sich dabei von 635 auf rd. 849 Mio. DM. Von der Zunahme um rd. 214 Mio. DM entfielen 59 Mio. DM auf Konzerngesellschaften des Bereiches "Elektrizitätserzeugung und -verteilung..." (i.e. 28%) und 155 Mio. DM auf "Andere Beteiligungen" (i.e. 72%), so daß wir uns bei der Untersuchung der hinter der Bewegung des Beteiligungsvermögens stehenden realen Prozesse auf diese Bereiche beschränken können.

Die Beteiligungsverhältnisse zwischen den bereits 1968 zum Kreis der Beteiligungsgesellschaften gehörenden Unternehmen und dem RWE haben sich im Untersuchungszeitraum nur unwesentlich verändert. Lediglich bei den Konzerngesellschaften Rheinelektra (von 58 auf 59%) und Rhenag (von 52 auf 54%) konnte

das RWE seinen Kapitalanteil geringfügig vergrößern.¹⁾ Die größte Bewegung im Beteiligungsvermögen des RWE wurde im Untersuchungszeitraum durch den Versuch ausgelöst, durch die Übernahme der Gelsenberg AG sich auch auf den anderen Nutzenergiemärkten eine starke Position zu sichern bzw. die bereits erreichte Marktstellung weiter auszubauen. Die Gelsenberg AG war, nachdem sie im Zuge der Neuordnung des Ruhrkohlenbergbaus ihre Bergbaubetriebe mit Wirkung vom 1.1.1969 auf die neugegründete Ruhrkohle AG (Gelsenberg-Anteil 13,6%) übertragen hatte, vornehmlich in den Bereichen Mineralöl/Erdgas, Chemie, Kernenergie/Elektrizität und Handel tätig. Mit ihrer Eingliederung in den Konzernbereich hätte das RWE, das über seine Rheinbraun-Tochter Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling, ebenfalls über ein beträchtliches Potential auf dem Mineralölsektor verfügt, sein Gewicht sowohl auf der Stufe der Erdöl gewinnung als auch der Erdölverarbeitung beträchtlich erhöhen können. Gleichzeitig hätte es das größte Tankstellen-Netz der Bundesrepublik unter seine Kontrolle gebracht (Aral). Und durch die zusammen mit der Gelsenberg AG gehaltene Anteilsmehrheit an der Gesellschaft für Energiebeteiligung hätte es sogar über 25% an der STEAG verfügt.

1) Das gleiche gilt auch für die mehrstufigen Beteiligungen: Bei der Kraft-Versorgung Rhein-Wied AG, Neuwied erhöhte die RWE-Tochter Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, Mannheim (GK: 30 Mio. DM, RWE 52%, Lahmeyer 47%) ihren Anteil von mehr als 40 auf 59% (1975/76: 67%), wodurch die Gesellschaft Konzernunternehmen wurde; und an der Westgas Aachen GmbH, Würselen ist die Rhenag jetzt mit 56% gegenüber mehr als 33 1/3% in 1968) beteiligt. Seitdem gehört auch die Westgas zum Konsolidierungskreis des RWE. Von den übrigen Fällen ist nur noch die Erhöhung des Anteils der Lahmeyer AG an der Lahmeyer International GmbH, Frankfurt von 25 auf 50% erwähnenswert.

Das RWE hätte demnach auf dem besonders hart umkämpften Wärmemarkt, wo die Elektrizität in starker Substitutionskonkurrenz mit der Kohle, dem Heizöl und dem Erdgas steht, weiter an Einfluß gewonnen. Hinzu kam, daß die Gelsenberg AG selbst über beträchtliche Stromerzeugungskapazitäten in ihren Industriekraftwerken verfügte - darunter dem inzwischen eine Leistung von 545 MW aufweisenden Kraftwerk "Gustav Knepper" in Dortmund-Mengede, dessen neuer 340-MW-Block gerade vor der Fertigstellung stand.

Trotz dieser, dem geltenden Kartellrecht entgegenstehenden Tatsachen wurde die Fusion zwischen dem größten Stromerzeuger und dem größten Rohölerzeuger der Bundesrepublik vollzogen. Im Februar 1969 übernahm das RWE die beiden von der Deutschen Bank AG und der Dresdner Bank AG gehaltenen Aktienpakete und brachte so zunächst 43% des Grundkapitals der Gelsenberg AG an sich.

Vor allem aber die Beteiligungen der Gelsenberg AG in der Kernenergiewirtschaft waren für das RWE von besonderem Interesse. Denn was der RWE-Geschäftsbericht (1969/70, S. 35) der Gelsenberg attestierte, galt gleichermaßen für das RWE selbst: "(M)it der Beteiligung an der URANIT, Uran-Isotopentrennungsgesellschaft mbH, Jülich,¹⁾ an der zu gleichen Anteilen auch unsere Beteiligungsgesellschaft NUKEM, Nuklear-Chemie und -Metallurgie GmbH, Wolfgang bei Hanau, (RWE-Anteil damals 25%, seit 1976/77 45%, KK) beteiligt ist," hat die Gelsenberg AG "ihre Ausgangsposition für die künftige Entwicklung im sogenannten Brennstoffzyklus gefestigt."

Für die Gelsenberg-Anteile im Nominalwert von 209,2 Mio. DM wurden bei einem Erwerbskurs von 240% 502,1 Mio. DM aufgewendet. Noch im gleichen Jahr wurden auf

1) Weitere Gesellschafter sind die Hoechst AG und die STEAG.